

Rechtsgebiet: 26. Freie und Hansestadt Hamburg.

Gesetzliche Grundlage:

Revidierte Verfassung vom 13. Oktober 1879.

Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerschaft vom 19. Januar 1880,  
Gesetz, betr. die Hamburgische Staatsangehörigkeit und das Hamburgische  
Bürgerrecht, vom 2. November 1896.

Nach Artikel 97 der revidierten Verfassung werden die Gemeindeange-  
legenheiten der Stadt Hamburg in derselben Weise wie die Angelegenheiten  
des Staates von Senat und Bürgerschaft geleitet. Eine besondere Ge-  
meindevertretung giebt es also in Hamburg nicht.

I. Voraus-  
setzungen für den  
Erwerb des  
Bürgerrechts.

Die Hamburgische Staatsangehörigkeit wird von Deutschen  
nach Maßgabe der Reichsgesetzgebung erworben.

Zum Erwerbe des Hamburgischen Bürgerrechts ist  
jeder volljährige Staatsangehörige berechtigt, der sich im  
Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, nicht unter  
polizeilicher Aufsicht steht und während der letzten 5 Jahre  
ein Jahres-Einkommen von mindestens 1200 Mk. in Hamburg  
versteuert hat. Ausnahmsweise kann der Senat auch solche  
Bewerber zum Erwerbe des Bürgerrechtes zulassen, die noch  
nicht 5 Jahre lang ein jährliches Einkommen in Hamburg  
versteuert haben, vorausgesetzt, daß sie in der in Betracht kom-  
menden Zeit die Hamburgische Staatsangehörigkeit besaßen,  
ihren Wohnsitz aber außerhalb Hamburgs hatten und dort  
zur Zahlung von Einkommensteuer nicht verpflichtet waren.

Das Bürgerrecht wird verloren

1. durch Verlust der Staatsangehörigkeit,
2. durch die Weigerung der Annahme einer Wahl in den  
Senat, in die Bürgerschaft oder in eine Deputation,
3. durch die in Folge richterlichen Erkenntnisses bewirkte  
Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter,
4. durch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte,
5. durch ein richterliches Erkenntnis, welches das Bürger-  
recht für nicht rechtsgültig erworben erklärt.

Personen, die das Bürgerrecht aus einem der vor-  
stehenden Gründe verloren haben, sind zum Wiedererwerbe  
unfähig.